

Namens LINKS-KPÖ Josefstadt stellt Bezirksrat Herbert Fuxbauer, gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, zur Bezirksvertretungssitzung am 24.03.2021 folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Josefstadt spricht sich solidarisch für eine Entlastung der Mieter*innen während Covid-19 aus.

Begründung

Ende März 2021 endet die Frist für den Mietaufschub für *3 Monatsmieten für Mieter*innen, die durch die Covid-19 Pandemie in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigt sind*¹. Mit Stand Jänner 2021 waren in Wien 186 000 Menschen ohne Erwerbsarbeit und 60 000 in Kurzarbeit². Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betroffenen ist auch nach dem Auslaufen der vorgenannten Regelung unverändert. Wird die Mietforderung tatsächlich schlagend, sind in Wien tausende Menschen von der Delogierung bedroht.

- Delogierungen haben auch außerhalb der Zeiten der Pandemie schreckliche Auswirkungen auf die Betroffenen. Armut und Obdachlosigkeit verhindern nachhaltig den Wiedereinstieg ins soziale Leben. Delogierungen müssen immer, aber vor allem in der kalten Jahreszeit, verhindert werden. Mit einem Delogierungsstopp nimmt Wien eine Vorreiterrolle zur Eindämmung der unverschuldeten Wohnungslosigkeit ein.
- Die Mieten steigen in Wien weiterhin kontinuierlich an. Wohnungssuchende finden am freien Markt nur schwer Wohnungen mit einer Miete unter 14 Euro pro Quadratmeter. Kautionshöhen liegen oft bei drei bis sechs Monatsmieten. Um die Suche einer Wohnung zu erleichtern und die Wohnungssuchenden vor zu hohen Kosten zu schützen, wären die Kautionsforderungen von Mieter*innen zu untersagen.
- Nicht bezahlte Mieten für die Monate April, Mai, Juni 2020 der durch die Pandemie in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigten Mieter*innen wurden bis Ende März 2021 gestundet, also nicht aufgehoben. Diese leider nur kurzzeitige Entlastung von Mieter*innen bezieht sich allerdings nur auf die oben erwähnten drei Monate und berücksichtigt nicht die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des 2. Lockdowns und 3. Lockdowns. LINKS-KPÖ Josefstadt setzt sich daher für eine endgültige Entlastung der Mieter*innen während der gesamten gesetzlichen Covid-19-Einschränkungen ein, die über eine bloße Stundung der Miete hinausgeht.

¹ <https://wien.arbeiterkammer.at/coronaundwohnen>

² <https://wien.orf.at/stories/3083421>

LINKS - KPO JOSEFSTADT

- Außerdem brachten und bringen für viele Kleinunternehmen die von der Regierung bestimmten Schließungen von Geschäften und Unternehmen existenzielle Notlagen und in deren Gefolge für viele Arbeitnehmer*innen Kurzarbeit und Kündigungen. Auch diese Klein- und Mittelbetriebe müssen von den Mieten voll entlastet werden.
- Während der Corona-Krise sind die Einkommen aus Kapital, im Gegensatz zu den Einkommen aus Löhnen und Gehältern, gestiegen. Besitz von Immobilien ist durch die Pandemie nicht gefährdet. Sollten tatsächlich Besitzer*innen einzelner Häuser (z.B.: durch Hauskauf auf Kreditbasis) durch das Aussetzen der Mietforderungen in wirtschaftliche Not geraten, wären die Banken zu einer Kreditstundung zu verpflichten oder allenfalls ein Fonds einzurichten.

Die Bezirksvertretung Josefstadt bekennt sich deshalb:

- zum sofortigen Delogierungsstopp in Wien.
- zur Untersagung von Kautionen für Mieter*innen.
- zur Erlassung von Miet- und Hypothekenzahlungen während der gesamten gesetzlichen Covid-19-Einschränkungen.
- zur automatischen Verlängerung auslaufender Mietverträge während der Covid-19-Pandemie um die Dauer der ersten Befristung.
- gegen Kündigungen von Mietverträgen wegen Mietrückständen während der Covid-19-Einschränkungen außerhalb der Monate April bis Juni 2020.

Für LINKS-KPÖ Josefstadt

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Herbert Fuxbauer', written over a horizontal line. The signature is fluid and cursive.

BR Herbert Fuxbauer